

Antrag auf Verschiebung des Aufstellungsbeschlusses

Eva Schreier, grüne Gruppe 21

Es tut immer noch fürchterlich weh, wenn ich von Martinsried kommend übers Feld zur Würm laufe: der freie Blick im Grünzug über die Hangkante bis zur Würm ist dahin. Genau das war der Grund, warum ich kommunalpolitisch aktiv wurde. Damals wurde mir vom Rathaus von Annemarie Detsch das Versprechen gegeben: „*Der verbliebene Grünzug mit der geologisch-historischen Hangkante bleibt geschützt.*“

Und jetzt — unglaublich — nur ein gutes Jahr nach dem beschlossenen FNP (der zumindest für die nächsten 5 Jahre Gültigkeit haben sollte) soll wieder auf geschützten Flächen, geschütztem Trenngrün ein neues Gewerbegebiet ausgewiesen werden!

Entgegen dem eigenen Beschluß, entgegen dem Willen der Bürger*innen, die vorrangig den Schutz der Freiflächen fordern. Nicht nur Flächen sollen versiegelt werden, nein, als Trenngrün geschätzte Flächen will die Gemeinde hier für Gewerbe opfern. Ihre Umwelt- und Klimaziele hintan stellen oder soll ich sagen vergessen?

Wir stehen alle in der Verantwortung. Wir haben uns alle, wie wir hier sitzen bzw. auch der alte GR dem Klimaschutz verpflichtet. Alle Parteien haben im Wahlkampf ein Bekenntnis zum Klimaschutz abgegeben. Unsere Bürger*innen müssen sich auf das Versprechen verlassen können!

Die geplante Erweiterung hat neben der für den Gewerbebau nötigen Fläche weitere immense Versiegelung zur Folge: die Semmelweißstr. müßte verlängert werden, wo heute Feldweg ist, und wo Freifläche ist, da braucht es einen Wendehammer usw.

Die uns all bekannten Folgen müssen uns bewusst sein: noch mehr Gewerbe, der steigende Druck auf den Wohnmarkt, unsere Infrastruktur, auf die Straßen (wir ersticken bereits jetzt im Verkehr).

Wir wissen, das Maß ist voll! — Und wir machen trotzdem weiter?

Klar ist — wir benötigen Gewerbesteuer und auch wir wollen keine ansässigen Firmen vergraulen.

Aber bevor wir, und hier spreche ich alle Parteien und den GR an, unsere selbst gesteckten Klima- und Umweltziele verraten, unser Versprechen den Bürger*innen gegenüber brechen, stelle ich folgende Frage:

Haben wir, hat die Verwaltung wirklich alles getan, um die Neuversiegelung von geschützten Flächen zu verhindern? Wirklich nach Lösungen, kreativen Lösungen gesucht und auch den Firmen angeboten?

Es braucht innovative und kreative Ansätze. Wenn ich mir Steinkirchen so anschau, da ist noch Potential, das Baurecht scheint nicht ganz ausgeschöpft zu sein, teils nur einstöckig bebaut, riesige Parkplätze, ein Riesensupermarkt (nur ebenerdig!), usw. . . . Flächen, die man überbauen könnte mit hochwertigen Gewerbe/Labor und Verwaltungsgebäuden. Zugegeben, bauen im Bestand ist schwieriger, aber möglich, vielleicht mit Zugeständnissen im Baurecht auch lukrativ.

Das interessanteste, noch freie Grundstück befindet sich in der Behringstr. Ich weiß, es wurde mehrfach erfolglos bei den Besitzern angefragt. Jetzt habe ich gehört, die Besitzverhältnisse hätten sich verändert, bzw. sind geklärt. Ist das bekannt? Wurde mit den neuen Besitzern schon verhandelt? Auch hier gilt: ein Nein muss kein Nein bleiben, also nochmal nachfragen und verhandeln.

Für das ehemalige Jaschek-Grundstück in Martinsried wurde das Doppelte an Baurecht, das 4-fache an Bestand genehmigt. Der Grund? Es wurde gedroht, dass andernfalls ein/der größte Steuerzahler wegzieht.

Und jetzt? Alles anders. Jetzt sollen laut MM mehrere bereits im Ort oder neue Gewerbebetriebe einziehen. Und der größte Steuerzahler ist immer noch da! Woanders im Ort genügend Platz gefunden. Das Positive daran, da könnte man doch vermitteln!!

Ich betone nochmals: *wir wollen keine ortsansässigen Unternehmen ziehen lassen*. So bitte ich nochmals zu prüfen, reicht das, was wir getan haben, wie tief ist man in die Verhandlung gegangen, haben wir alle Möglichkeiten mit den Betroffenen ausgeschöpft, die betroffenen Firmen mit einbezogen? Ist ein Nein wirklich ein Nein?

Wir sollen heute einen Aufstellungsbeschluss fassen, geschätzte, wichtige Grünflächen preisgeben, ohne zu wissen, ob nicht alle Register gezogen wurden, ob schon alle kreativen Ideen eingebracht und geprüft wurden, um die weitere Versiegelung des Trenngrüns zu vermeiden. Ich fordere die Verwaltung auf, die hier nur ansatzweise aufgezeigten Lösungsvorschläge ernsthaft zu prüfen, Gespräche zu führen und uns in einer gesonderten Sitzung/Infostunde den Sachstand, die sich daraus ergebenden Möglichkeiten, und Alternativen zu präsentieren.

Ich schlage vor, zur erneuten Diskussion eine n.ö. Sitzung anzuberaumen, in der die betroffenen Firmen benannt werden können, bzw. die betroffenen Firmen einzuladen.

Darum stellen wir einen Antrag auf Verschiebung des Aufstellungsbeschlusses.

Begründung: Es sollen vor einer Änderung des FNPs im Vorfeld alle Möglichkeiten, auch unter Einbeziehung anderer Grundstückseigner, geprüft werden, um die als benötigt angefragten Gewerbeflächen im Bestand, im vorhandenen Baurecht, u.U. in vertretbarer Erweiterung des Baurechts in Steinkirchen zu realisieren.

Antrag auf Verschiebung des Aufstellungsbeschlusses

Begründung: Es sollen vor einer Änderung des FNPs im Vorfeld alle Möglichkeiten, auch unter Einbeziehung anderer Grundstückseigner, geprüft werden, um die als benötigt angefragten Gewerbeflächen im Bestand, im vorhandenen Baurecht, u.U. in vertretbarer Erweiterung des Baurechts in Steinkirchen zu realisieren.

grüne Gruppe 21